

Die Dragqueen, die in den Nationalrat will

Tobias Urech stammt aus Schaffhausen und engagiert sich seit Jahren für die queere Community. Jetzt kandidiert er im Kanton Zürich für den Nationalrat. Chancen hat er kaum – seine Kandidatur dient der Symbolik.

Katrin Schregenberger

ZÜRICH. Ein junger, schlaksiger Mann passiert das Fenster des Bistros, er trägt ein weinrotes Hemd. Dann betritt Tobias Urech das Lokal, seine Socken sind ebenfalls weinrot, und mit der linken Hand zieht er einen Koffer hinter sich her. Vom Schaffhauserplatz hier in Zürich, der ihn an seine Heimat erinnert, wird er nachher nach Bern reisen. Im Schlepptau hat der 29-Jährige mit wachem Blick und grossen Brillengläsern seine zweite Identität: Mona Gamie. Oder besser das, was ihn zu Mona Gamie macht: Schminke, Perücke, Kleid. Der junge Mann mit Schaffhauser Wurzeln ist eine der bekanntesten Dragqueens der Schweiz. Und nun kandidiert er für die SP Zürich für den Nationalrat. Und das auf der Unterliste SP Queer.

Kaum Chancen

Reale Chancen, gewählt zu werden, hat er nicht – wie das so ist bei den Unterlisten. Es ist ein schweizweites Phänomen, dass Parteien mit immer mehr Listen in die nationalen Wahlen gehen. Die Parteien sagen sich: Je mehr Kandidierende, desto mehr Wählende. Bei den diesjährigen Wahlen haben sich rekordviele Anwärter von ihren Parteien aufstellen lassen: 5909 Personen auf 618 Listen kämpfen in den Proporzkantonen um einen Sitz im Nationalrat, wie das Bundesamt für Statistik kürzlich bekannt gegeben hat. Dazu kommen noch die Personen, die sich in den sechs Majorzkantonen zur Wahl stellen. Die meisten wissen, dass sie nur ein Name auf einer Liste bleiben werden.

Auch Tobias Urech weiss, dass er kaum Chancen hat: «Es wäre ein Wunder, wenn überhaupt die erste Person auf dieser Liste gewählt würde, und ich folge erst im hinteren Drittel.» Warum also überhaupt kandidieren? Es geht um Repräsentation: «Es ist eine Möglichkeit, um ein Zeichen zu setzen und zu sagen: Wir, die SP, kümmern uns um die Anliegen der queeren Community.» Denn um diese stünde es wieder schlechter in der Schweiz.

Grabenkampf um Drag-Lesungen

Er beobachtet ein Erstarren von Intoleranz gegenüber Dragqueens und generell queeren Menschen, so Urech. Dragqueens und Transmenschen im Speziellen würden



Tobias Urech ist eine der bekanntesten Dragqueens der Schweiz – nun strebt er in die Politik.

BILD ROBERTA FELE

von Rechts in einen politischen Grabenkampf gezerrt. In der Tat sind Dragqueens spätestens seit letztem Herbst wieder ein Politikum, als Exponenten der rechtsradikalischen Gruppierung «Junge Tat» eine Dragqueen-Lesestunde für Kinder störten – die SVP Zürich nahm danach den Ball auf und wollte dem Veranstaltungsort Gelder streichen und solche Veranstaltungen stoppen. Tobias Urech sagt: «Drag ist eine Kunstform, genauso wie ein Kasperlitheater.» Es gehe darum, Kindern Respekt vor anders-

5909

Kandidaturen für den Nationalrat. Hinzu kommen Kandidaturen in den sechs Majorzkantonen.

artigen Menschen zu vermitteln und dass es auch in Geschlechterrollen eine Diversität gebe. Und Drag-Lesungen könnten jene Kinder, die erst später entdecken würden, dass sie selber queer seien, die Angst vor der eigenen Andersartigkeit nehmen, so Urech. Denn es ist dieses Anderssein, das ihn politisiert hat.

Urech wuchs in Schaffhausen auf. «Wenn man schon in der Primarschule homophob beleidigt wird, bevor man überhaupt weiss, wie Sex funktioniert, wird einem schnell

bewusst, dass man anders ist.» Er sei immer feiner und femininer gewesen als die meisten anderen Jungen. Irgendwann aber habe er realisiert, dass es nicht er sei, der falsch sei. Das war der Moment, in dem Urech politisch aktiv wurde. Er trat der Milchjugend bei, der queeren Jugendorganisation der Schweiz, bei der er rund zehn Jahre aktiv war und zuletzt im Vorstand sass. Zusammen mit der Journalistin Anna Rosenwasser gründete er zudem den Verein AnderSH für die Schaffhauser queere Jugend. Dann trat er der SP bei, wurde persönlicher Mitarbeiter der Zürcher Nationalrätin Min Li Marti und leitete die Abstimmungskampagne für die Erweiterung des Diskriminierungsschutzes mit. Heute arbeitet er als Campaigner bei der NGO Algorithm Watch – und blickt zum Nationalrat.

Daseinsberechtigung zeigen

Fühlt er sich im Nationalrat nicht genug vertreten? Immerhin gibt es dort auch eine interfraktionelle parlamentarische LGBTQ+-Gruppe. «Natürlich, man kann auch Politik machen für Belange, die einen selber nicht betreffen», sagt er. Aber er als Dragqueen könne eine neue Perspektive in das Parlament tragen, die ebenso zur Schweiz gehöre wie jene eines Bauern der SVP. «Queere Menschen sind ein Teil der Schweiz und haben genauso eine Daseinsberechtigung – auch im Parlament», sagt er. Die grössten Probleme für seine Community sieht er aktuell, darin dass «der Diskriminierungsschutz das Kriterium Geschlechtsidentität nicht einschliesst». Und darin, dass es immer noch signifikant höhere Suizidraten bei queeren Jugendlichen gebe. «Das Ende des Regenbogens ist noch nicht erreicht.»

In der Debatte rund um Gleichberechtigung moniert namentlich die SVP, dass eine Minderheit einer Mehrheit ihre Regeln aufdrücke. Das kann Urech nicht nachvollziehen. Fakt sei, dass queere Menschen immer noch marginalisiert seien in der Schweiz. Und was ist mit Zürich, wo die Stadt ihren Angestellten den Gender-Stern vorschreibt? «Das ist ein Stadtratsbeschluss, und der Stadtrat ist direkt vom Volk gewählt», sagt Urech. Ob jemand im Privaten genderde, sei ihm persönlich Wurst. Trotzdem gelte es anzuerkennen, dass Sprache Realitäten schaffe. «Da haben Behörden eine gewisse Verantwortung.»

Das EU-Parlament mahnt den Bundesrat zur Eile

Die EU drängt im Bezug auf die bilateralen Beziehungen auf mehr Tempo und stellt brisante Forderungen an die Schweiz: Es geht um das Verbot der Wiederausfuhr für Waffen zugunsten der Ukraine.

Remo Hess

BRÜSEL. Lange hat es gedauert, jetzt ist er da: Der offizielle Bericht des EU-Parlaments zum Verhältnis mit der Schweiz. Auf über dreissig Seiten hat Lukas Mandl, Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), eine Auslegeordnung über die vielfältigen Aspekte des bilateralen Konstrukts gemacht. Nun wurde der Bericht von der Plenarversammlung in Strassburg mit grosser Mehrheit angenommen.

Er habe sich für den Job beworben, weil der abtretende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bei seiner Abschiedsrede es als eines seiner grössten Versäumnisse bezeichnet hatte, mit der Schweiz keine Einigung erzielt zu haben. Also habe er einen Beitrag zur Besserung leisten wollen, so Mandl, der sich selbst als «Freund der Schweiz» bezeichnete.

Über zwei Jahre später muss sich beim 44-Jährigen eine gewisse Ernüchterung eingestellt haben. Nicht nur, dass der Neustart der Verhandlungen

nach einer langen Sondierungsphase weiter auf sich warten lässt. Auch auf EU-Seite scheint man zunehmend das Interesse an der Schweiz verloren zu haben.

Inhaltlich kaum Neues

Bezeichnend war die Zahl an interessierten EU-Parlamentariern. Gerade mal eine Handvoll EU-Volksvertreter verschlug es in den Plenarsaal zur Debatte, die zwischen einer Aussprache zum Kosovo und dem EU-Verhältnis zu Usbekistan angesetzt wurde.

Unter jenen, die das Wort ergriffen, finden sich stets die gleichen Namen, vorderhand aus den Grenzregionen. Da wäre der südbadische EU-Abgeordnete Andreas Schwab, so etwas wie ein Schweiz-Experte, der dem Bundesrat mit einem wohlwollenden «Hopp Schwiiz!» Mut zusprach. Der französische Abgeordnete der Macron-Fraktion, Christophe Grudler, der den Schweizern die Vorzüge eines Energieabkommens versuchte schmackhaft zu machen. Der österreichische Sozialdemokrat Andreas Schieder pochte

auf die volle Personenfreizügigkeit, wobei er gleichzeitig die Stärkung des Arbeitnehmerschutzes verteidigte. Und dann waren da noch ein paar Versprengte wie die Grüne und deutschschweizerische Doppelbürgerin Anna Deparnay-Grunenberg («Schweiz-EU, der Beziehungsstatus ist kompliziert») oder der Lega-Abgeordnete Alessandro Panza, der die EU-Kommission vor «Paternalismus» warnte und die Schweizer Souveränität hochhielt. Inhaltlich bietet der Bericht kaum Neuigkeiten. Das EU-Parlament mahnt

den Bundesrat zur Eile. Es erachtet das Verhältnis als «unausgeglichen» und das Modell der einzelnen bilateralen Abkommen als veraltet. Abgesehen von Nuancen stellt es sich hinter die EU-Kommission: Neben der dynamischen Rechtsübernahme und der Einhaltung des Entsenderechts beim Arbeitnehmerschutz (flankierende Massnahmen) sieht das Parlament eine verbindliche Rolle des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) als unverzichtbar bei der Streit-schlichtung.

Neue Forderungen

Daneben gibt es neue Forderungen. So das Ende des Wiederausfuhrverbots für Waffen zugunsten der Ukraine, die Teilnahme der Schweiz an der sogenannten «Repow»-Taskforce der G7-Länder zur Aufspürung von Russengeldern und die Übernahme der EU-Sanktionen gegen China wegen Verletzung der Menschenrechte.

Das Kapitel Aussen- und Sicherheitspolitik war Mandl ganz besonders wichtig. Er machte hier mehr Luft für konstruktive Zusammenarbeit aus und stellte klar: Hätte die Schweiz die Russlandsanktionen nicht von Anbeginn des Angriffskriegs übernommen, «hätte ich meine Rolle als Chefverhandler zurückgelegt».



Lukas Mandl, Abgeordneter der Österreichischen Volkspartei (ÖVP).



Andreas Schwab, südbadischer EU-Abgeordneter (CDU).



Andreas Schieder, österreichischer Abgeordneter (SPÖ).

BILDER KEY